

Forum *Sozialpolitik*



Gastbeiträge 2008

CDA

Bezirksverband Koblenz-Montabaur

Inhalt

| | |
|---|---------|
| „Kinderbetreuung - Frühkindliche Bildung stärken“ Prof. Dr. Maria Böhmer | 3 - 4 |
| „Wir sagen JA zum älter werden!“ Dr. Jürgen Rüttgers | 5 - 7 |
| „Kinderarmut - und was wir dagegen tun“ Dr. Ursula von der Leyen | 8 - 10 |
| „Viele Arbeitnehmer können von ihrem Verdienst nicht mehr leben und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen“ Ingrid Sehrbrock | 11 - 12 |
| „Wohlstand durch Arbeit“ Christian Baldauf | 13 - 15 |
| „Ist oder wird die CDU noch eine Volkspartei sein. - Rolle der Arbeitnehmer/innen in der CDU und in Deutschland“ Ronald Pofalla | 16 - 17 |
| „Gemeinsamkeiten und trennendes“ Gerald Weiß | 18 - 19 |
| „Die Vertrauenskrise der Sozialen Marktwirtschaft überwinden“ Peter Müller | 20 - 22 |
| „Altersarmut verhindern - die Alterssicherung zukunftsfest machen“ Peter Weiß | 23 - 26 |

Impressum

Herausgeber: CDA-Bezirksverband Koblenz-Montabaur, Clemensstraße 18, 56068 Koblenz
V.i.S.d.P.: Ekkehard Gauglitz
Homepage: www.cda-bv-koblenz-montabaur.de
Veröffentlicht: 04/2009

Kinderbetreuung - Frühkindliche Bildung stärken

(von Prof. Dr. Maria Böhmer, *Staatsministerin
und Vorsitzende der Frauen Union der CDU
Deutschlands*)



Der tragische Tod der kleinen Lea-Sophie aus Schwerin hat uns leider erneut deutlich vor Augen geführt, wie unverzichtbar eine verantwortungsvolle Politik für unsere Kinder und Familien ist. Der neu entbrannte Streit über Vorsorgeuntersuchungen für Kinder wirft die Frage auf, ob der Staat Elternrechte zum Wohle der Kinder eingrenzen darf. Bereits im vergangenen Jahr hat der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU den Beschluss gefasst, dass die frühen Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme verbindliche Früherkennungsuntersuchungen einschließen müssen. Diese Verbindlichkeit der Untersuchungen bei Kindern ist grundlegend. Der Datenschutz darf nicht über das Recht der Kinder gesetzt werden. Früherkennungsuntersuchungen als Element der gesundheitlichen Prävention müssen mit den existierenden Strukturen der Jugendhilfe verzahnt werden. Nur so ist gewährleistet, dass diese im Bedarfsfall besser greifen.

Kinder sind Zukunft. Sie bereichern nicht nur ihre Eltern, sondern die ganze Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir junge Frauen und Männer, damit sie sich für Kinder entscheiden können. Kinder sind ein großes Glück. Sie dürfen kein Armutsrisiko oder berufliches Hindernis sein. Deutschland braucht starke Familien. Kinder sind der Reichtum unserer Gesellschaft. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieser Reichtum auch gedeihen kann. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört zu den großen Herausforderungen. Die Politik muss für die notwendigen Voraussetzungen sorgen, damit Familien bei der Kinderbetreuung auf eine verlässliche Hilfestellung bauen können.

Mit der Beteiligung des Bundes an den Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuung unter Dreijähriger bis 2013 auf 750.000 Plätze haben Eltern die Freiheit zu entscheiden, ob sie ihr Kind selbst betreuen, eine institutionelle Betreuungseinrichtung wie die Kinderkrippe oder eine familienähnliche Betreuungsform wie die Kindertagespflege wählen. Kernpunkt der Familienpolitik der Frauen Union ist die Wahlfreiheit für Eltern. Staat und Politik wollen nicht vorschreiben, nach welchen Grundsätzen die Erziehungsarbeit in der Familie zu gestalten ist. Staat und Politik schaffen aber die Rahmenbedingungen, damit Eltern ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Der bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung des frühkindlichen Entwicklungsprozesses und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir brauchen eine Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung. Es bedarf vor allem der Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern und der Qualifizierung in der Kindertagespflege (Tagesmütter/-väter). Hier gibt es – auch im Vergleich

zum europäischen Standard – erheblichen Nachholbedarf. Für die Betreuung und Erziehung der unter Dreijährigen gibt es noch keine spezifische Ausbildung. Die Arbeitsfelder der Erzieherinnen und Erzieher werden entscheidend geprägt durch veränderte Lebenswelten, Familienstrukturen und soziale Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die wachsende Zahl von Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, steigen die Erwartungen an



Erziehung, Bildung und Betreuung durch Erzieherinnen und Erzieher. Zusätzlicher Qualifizierungsbedarf besteht angesichts der Entwicklung des Kindergartens zum Ort frühkindlicher Bildung. Leitfäden für die pädagogische Arbeit sind die Bildungspläne. Sie sollten einen ganzheitlichen Ansatz von Erziehung, Bildung und Betreuung realisieren, systematische Sprachförderung beinhalten und sich auf das Alter von 0 bis 10 Jahren erstrecken. Nur so kann der Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Grundschule sinnvoll gestaltet werden.

Eine familienergänzende Kinderbetreuung und Bildungsförderung verbessert die Startchancen der Kinder und hilft den Familien. Nur wenn junge Frauen und Männer darauf vertrauen können, in einem Land zu leben, in dem Familien Vorfahrt haben, werden sie sich auch für mehr Kinder entscheiden.

Zur Person:

Prof. Dr. Maria Böhmer

Geboren am 23. April 1950 in Mainz; katholisch.

Nach dem Abitur 1968 studierte Maria Böhmer Mathematik, Physik, Politikwissenschaft und Pädagogik auf Lehramt. 1971 legte sie das Staatsexamen ab; 1974 erfolgte ihre Promotion zum Dr. phil. an der Universität Mainz. Dort habilitierte sie sich 1982. Es folgten Forschungsaufenthalte an den Universitäten Cambridge und Augsburg. Seit 2001 ist sie außerplanmäßige Professorin für Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.

Maria Böhmer trat 1985 der CDU bei und wurde Mitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung sowie der CDA. 1991 bis 1993 war sie stellvertretende Vorsitzende der Grundsatzprogrammkommission der CDU und Leiterin der Kommissionsgruppe „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“.

Sie ist Mitglied im Präsidium der CDU und damit auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand, kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik der CDU. Bis November 2001 fungierte sie als Landesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Rheinland-Pfalz, seit September 2001 ist sie Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Deutschlands.

Seit 1990 ist Maria Böhmer Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war sie von 2000 bis 2005 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Seit 22. November 2005 ist Maria Böhmer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

(Quelle: Wikipedia)

Wir sagen JA zum älter werden!

(von Dr. Jürgen Rüttgers MdL NRW,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen)



Nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sinkt die Zahl der Menschen in Nordrhein-Westfalen bis 2050 um rund zwei Millionen. Fast in allen Städten und Gemeinden wird es weniger Einwohner geben. Wir werden älter: Der Anteil der unter Zwanzigjährigen wird umrund ein Fünftel bis 2050 auf 16 Prozent zurückgehen. Die Menschen über 65 werden dann die Mehrheit ausmachen. Damit wir eines zunächst klar haben: Es ist ein großes Glück, dass die Menschen in unserem Land immer älter werden und länger gesund sind.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen wird die Lebenserwartung bis 2050 für ein neugeborenes Mädchen um fast fünf auf dann 86 Jahre und für einen neugeborenen Jungen um sogar fast sechs auf dann 81,5 Jahre steigen. Das ist keine Katastrophe, sondern ein großer Erfolg unserer Medizin und unseres Wohlstandes. Es ist ein großer Gewinn für jeden Einzelnen. Und diese gewonnenen Jahre sind ein großer Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Wer so tut, als ob das eine Bedrohung sei, der leistet der Altersdiskriminierung Vorschub. Und wer mit Blick auf die demografische Entwicklung Untergangsszenarien an die Wand malt, der muss sich nicht darüber wundern, dass Ältere auf dem Arbeitsmarkt immer noch Nachteile haben. Trotz des Aufschwungs ist dieses Problem übrigens immer noch nicht wesentlich kleiner geworden. Es ist ja geradezu absurd, dass in einer Wissensgesellschaft ausgerechnet die, die über einen reichen Schatz an Erfahrungen verfügen, benachteiligt sind.

Aber niemand kann leugnen, dass in einer älter werdenden Gesellschaft große Herausforderungen liegen. Darüber haben wir immer noch zuwenig diskutiert. Ich wünsche mir, dass gerade wir Christdemokraten bei dieser Debatte Führung zeigen. Wir müssen deutlich vernehmbar gegen die Benachteiligung Älterer eintreten und die Menschen auf den demografischen Wandel vorbereiten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird sich dieser die Herausforderung in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode stellen.

Wir werden eine Strategie entwickeln, die uns fit macht für das Älterwerden. Schließlich werden schon im Jahr 2015, das heißt in sieben Jahren, die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Eine solche Strategie muss breit angelegt sein. Wir müssen etwa durch den Einsatz neuer Technologien die Arbeitsproduktivität erhöhen. Wir müssen auch die Quote der Erwerbstätigen erhöhen, vor allem durch eine höhere Frauenerwerbsquote. Dazu gehört die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Gesundheitssystem müssen wir auf die Bedürfnisse älterer Menschen einrichten. Das gilt insbesondere auch für die Pflege. Wir müssen die bisweilen tragische Isolation alter Menschen eindämmen. Neben den Altersheimen brauchen wir deswegen auch mehr Wohngemeinschaften für Ältere. Wir müssen aber auch

in eine altengerechte Infrastruktur investieren. Barrierefreiheit kommt in einer älter werdenden Gesellschaft eine noch größere Bedeutung zu.

Besonders wichtig ist mir auch das Thema Altersarmut. Altersarmut muss unbedingt verhindert werden. Das heißt auch, dass die persönliche Altersvorsorge im Fall der Arbeitslosigkeit höher sein muss und besser als bisher geschützt wird. 250 Euro pro Lebensjahr sind einfach zu wenig. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass das so genannte Schonvermögen erhöht wird. Nach der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer ist das der nächste Punkt, den wir anpacken müssen. Wir müssen unsere Bemühungen verstärken und unserer Verpflichtung nachkommen, den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger das Leben in einer lebenswerten Gesellschaft zu ermöglichen. Wir brauchen alt und jung.



Und weil wir auch die jungen Menschen, vor allem die Kinder, in unserer Gesellschaft brauchen, ist auch der Kampf gegen Kinderarmut für mich von besonderer Bedeutung. Sie ist eine große Bedrohung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Da geht es manchmal um scheinbar banale Probleme, die im Alltag viel härter sind. Fakt ist aber: Jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen ist von Armut bedroht. Die Statistik klingt abstrakt, aber wenn ich dann vor Ort sehe, was das konkret heißt, dann bin ich alarmiert: Wenn ich erlebe, dass viele Kinder nicht einmal ein Frühstück oder eine warme Mahlzeit bekommen. Wenn ich bei einem Besuch erlebe, dass ein Teil der Kinder etwas Warmes zu essen bekommt und die anderen gar nichts – oder nur einen Schokoriegel, weil den jemand gespendet hat.

Wir können das nicht zulassen und müssen handeln. Auch das ist Teil einer Politik der neuen Sicherheit. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen stellt mit dem neuen Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ den Kommunen in diesem Jahr erneut 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird das Mittagessen für 65.000 Kinder aus armen Familien in der Ganztagschule anteilig bezahlt. Wir werden außerdem dabei helfen, dass alle 398 Jugendämter bis Ende 2008 ein soziales Frühwarnsystem entwickeln. Als Anschubfinanzierung stellen wir dafür 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Wir führen aber auch eine Meldepflicht der Ärzte über Vorsorgeuntersuchungen ein und wir schreiben die Gesundheitsvorsorge in Kindertageseinrichtungen gesetzlich vor.



Die Landesausgaben für die Kinderbetreuung werden in Nordrhein-Westfalen weiter steigen. Im Landeshaushalt 2007 waren 819 Millionen Euro für Kinderbetreuung vorgesehen, diese Summe wird dieses Jahr auf 969 Millionen Euro steigen. Nach der mittelfristigen Planung werden es im Jahr 2009 erstmals mehr als eine Milliarde Euro sein. Ich will, dass kein Kind ohne Hoffnung, dass kein Kind ohne Schutz und ohne Heimat ist. Jedes Kind hat ein Recht auf Entfaltung, auf Bildung und auf Glück. Ich weiß nicht, ob man dieses Ziel erreichen kann. Aber wir werden es nicht aufgeben und hart dafür arbeiten.

Zur Person:

Dr. Jürgen Rüttgers

Geboren am 26. Juni 1951 in Köln; römisch-katholisch; verheiratet, 3 Kinder.

Jürgen Rüttgers wurde als Sohn eines Elektromeisters geboren. Er besuchte die Richeza-Grundschule Brauweiler. 1961 wechselte er auf das Apostelgymnasium in Köln-Lindenthal. Nach dem Abitur 1969 begann Jürgen Rüttgers ein Studium der Rechtswissenschaft und der Geschichte, welches er 1975 mit dem ersten und 1978 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen beendete. 1979 wurde er an der Universität zu Köln zum Dr. iur. promoviert. Von 1978 bis 1980 war er als Referent beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Von 1980 bis 1987 war er Erster Beigeordneter der Stadt Pulheim für Stadtentwicklung, Finanzen und Umweltschutz.

Seit 1970 ist Jürgen Rüttgers Mitglied der CDU. Von 1980 bis 1986 war er Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland. Seit 1981 ist er Mitglied im Landesvorstand der CDU Rheinland bzw. Nordrhein-Westfalen. 1985 wurde er zum Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Erftkreis, heute Rhein-Erft-Kreis, gewählt, 1993 zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen. Nach dem Ausscheiden aus seinem Ministeramt und dem Rücktritt Norbert Blüms als Landesvorsitzender wählte ihn die CDU Nordrhein-Westfalen 1999 zu dessen Nachfolger. Seit 2000 ist er außerdem einer von vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU.

Von 1987 bis 2000 war Jürgen Rüttgers Mitglied des Deutschen Bundestages. Ab 1989 war er Parlamentarischer Geschäftsführer und von 1991 bis 1994 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach der Bundestagswahl 1998 wurde er zum Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Seit 2000 ist er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und amtierte von 2000 bis 2005 als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Jürgen Rüttgers, der sich vorher schon in der Forschungspolitik engagiert hatte, wurde nach der Bundestagswahl 1994 am 17. November 1994 als Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung berufen.

Nachdem die CDU als Sieger aus der Landtagswahl am 22. Mai 2005 hervorgegangen war, wurde Jürgen Rüttgers am 22. Juni 2005 zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt.

(Quelle: Wikipedia)



Kinderarmut – und was wir dagegen tun

(von Dr. Ursula von der Leyen, *Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU*)

Die Zahlen sind beschämend: Eines von zehn Kindern in Deutschland lebt in Armut. Ein solches Ausmaß an Kinderarmut in einem so reichen Land ist nicht hinnehmbar und mit einer Politik aus christlichem Verständnis nicht vereinbar. Armen Kindern fehlt es nicht nur an materiellen Dingen, sondern vor allem an Chancen im Leben. Bedrückend ist für mich zudem die Erkenntnis, dass viele

Kinder, die in Armut aufwachsen, später wieder Kinder zur Welt bringen, die in Armut aufwachsen – ein Teufelskreis, den wir unterbrechen müssen. Denn wo materielle Armut, Bildungsarmut und Perspektivlosigkeit zusammenkommen, kann sich Armut verfestigen und über mehrere Generationen weitergegeben werden. Diesem Kreislauf können Kinder ohne Unterstützung nur schwer entkommen.

Kinderarmut zu bekämpfen ist deshalb ein klarer Auftrag an die Politik! Wir dürfen dabei nicht nur auf die Kinder schauen, sondern müssen ihre Eltern mit in den Blick nehmen. Kinder leben in Armut, weil ihre Eltern keine Arbeit haben. Kinder leben auch in Armut, weil sie in kinderreichen Familien aufwachsen, in denen die Eltern Mühe haben, mit knappen Einkommen über die Runden zu kommen. Und manche Kinder leben in Armut, weil in ihren Familien Bildung nichts zählt, nicht erstrebenswert ist. Deshalb brauchen wir einen Mix verschiedener politischer Initiativen und Leistungen: Mit dem Elterngeld, dem Kinderzuschlag und dem Kindergeld unterstützen wir Familien finanziell – ganz gezielt in den Lebenssituationen und Lebensphasen, in denen sie diese Unterstützung brauchen. Mehr Kinderbetreuung, eine familienfreundliche Unternehmenskultur und ein gelingender Wiedereinstieg nach der Familienphase bringen Familie und Beruf in Einklang. Gute Kinderbetreuung schließlich erhöht insbesondere auch die Bildungschancen für Kinder aus bildungsfernen Familien – der beste langfristige Schutz vor Armut.

Familien gezielt stärken

Ein wichtiger Baustein gegen Kinderarmut ist das Elterngeld. Junge Eltern haben es nach der Geburt besonders schwer. Die Familie wächst, aber ein Einkommen fällt erst einmal weg. Bei Alleinerziehenden fällt mit der Geburt des Kindes sogar das ganze Einkommen weg. Das Elterngeld ersetzt einen Großteil dieses wegbrechenden Einkommens mindestens für ein Jahr und verhindert ein Abrutschen in die Abhängigkeit von Transferleistungen bei Alleinerziehenden. Die ersten Erfahrungen mit dem Elterngeld zeigen, dass die neue Leistung in der Mitte der Gesellschaft ankommt. Über die Hälfte der Elterngeldbezieher bekommt mehr als den Mindestbetrag, maximal 1.000 Euro. Das sind Familien, die von einem eigenen, aber (noch) recht kleinen Einkommen leben. Viele von ihnen, vor allem Alleinerziehende, wären ohne das Elterngeld von Armut bedroht. Mehr wirtschaftliche Sicherheit für Familien – das Elterngeld trägt dazu bei, dieses Ziel zu erreichen.

Doch an diesem Punkt bleiben wir nicht stehen. Der nächste Baustein gegen Kinderarmut ist der Kinderzuschlag, den wir deutlich verbessern. Der Kinderzuschlag hilft jetzt schon Eltern, deren Einkommen zwar gerade für sie selbst reicht, aber nicht hoch genug ist, um die ganze Familie zu ernähren. 2007 wurden rund 100.000 Kinder vom Kinderzuschlag unterstützt. Ab Herbst 2008 sollen insgesamt 250.000 Kinder mit dem Kinderzuschlag vor Armut geschützt werden. Um dies zu gewährleisten, werden wir die Mindesteinkommensgrenze für den Kinderzuschlag verändern und Einkommen knapp oberhalb dieser Grenze nur zu einem kleineren Teil anrechnen als bisher. Beides zusammen heißt: Mehr Familien werden den Kinderzuschlag bekommen, sie werden ein höheres Einkommen haben – und gleichzeitig lohnt es sich für diese Familien, zu arbeiten. All dies hilft gegen Kinderarmut.

Ein weiterer Baustein gegen Kinderarmut ist das Kindergeld. Familien erleben zurzeit, dass die Lebenshaltungskosten steigen – Mietnebenkosten, Strom und Heizung schlagen kräftig zu Buche. Wenn im Herbst der Kinderfreibetrag im Steuerrecht erhöht werden sollte, wäre es nur fair, das Kindergeld ebenfalls zu erhöhen. Denn das Kindergeld erhalten gerade die Familien, die nicht genug verdienen, um von den Steuervorteilen zu profitieren. Sie spüren die Last durch höhere Heizungs- oder Mietnebenkosten besonders. Für sie ist das Kindergeld unverzichtbar und eine Erhöhung eine echte Hilfe. Dabei werde ich mich dafür stark machen, dass das Kindergeld – wie früher – gestaffelt wird. Mehrkindfamilien merken die steigenden Ausgaben noch stärker als andere. Man braucht ein größeres Auto, die Waschmaschine läuft häufiger, auch die größere Wohnung muss jeden Monat bezahlt werden. Deshalb ist es gerecht, wenn für jedes weitere Geschwisterkind ein höheres Kindergeld gezahlt wird. Einen anderen Aspekt habe ich dabei mit im Auge: In Deutschland gibt es immer seltener Mehrkindfamilien. Das dritte und vierte Kind ist zur Ausnahme geworden. Das hat auch etwas damit zu tun, dass das Geld mit jedem Kind knapper wird. Und wer riskiert schon freiwillig die Armut?

Familie und Beruf in Einklang bringen

Eine Säule der Politik gegen Kinderarmut besteht also in gezielten finanziellen Ausgleichszahlungen insbesondere an die kinderreichen Familien, die ihr gesamtes Einkommen in die Kinder investieren und Unterstützung brauchen, damit sie nicht unter die Armutsgrenze rutschen. Die zweite Säule ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Eltern wollen nach Ablauf des Elterngeldes wieder arbeiten. Sie sind oft auf das Geld schlichtweg angewiesen. Doch Arbeit aufzunehmen wird ihnen - vor allem Müttern und Alleinerziehenden - schwer gemacht, weil Betreuungsangebote fehlen. Deshalb leistet auch eine gute Kinderbetreuung ihren Beitrag zur Armutsreduzierung. Mit dem nun vereinbarten Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 wird uns auf diesem Gebiet ein Quantensprung gelingen. Wenn in fünf Jahren für ein Drittel der kleinen Kinder gute und sichere Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, gibt es für junge Eltern Wahlfreiheit und mehr Optionen, Familienarmut zu vermeiden.



Der Ausbau der Kinderbetreuung wirkt aber auch viel langfristiger gegen Kinderarmut. Er verbessert nämlich die Bildungschancen von Kindern. Die Bertelsmann Stiftung hat im März 2008 Ergebnisse einer Untersuchung zum Einfluss der frühkindlichen Bildung auf den späteren Bildungsweg veröffentlicht. Das Ergebnis: Mit dem Besuch einer Krippe steigt die Chance,

später aufs Gymnasium zu kommen, deutlich an. Besonders stark fällt der Zugewinn an Chancen bei den Kindern aus, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben oder Migranten sind - Familien also, die zumindest im statistischen Durchschnitt häufiger von Armut betroffen sind als andere. Bildungschancen sind Chancen fürs Leben, und ein guter Bildungsabschluss ist die beste Versicherung gegen spätere Armut. Gute Kinderbetreuung stellt dafür die Weichen: indem Kinder, gerade Einzelkinder, sich mit anderen Kindern zusammen entwickeln und von einander lernen; und indem Kinder, gerade aus bildungsfernen Elternhäusern, frühzeitig Anregungen bekommen und gefördert werden.

Kinderarmut geht auch die Wirtschaft an

Die Politik hat wichtige Schritte gegen Kinderarmut getan; weitere, wie die Erhöhung des Kindesgeldes, müssen folgen. Es ist aber nicht die Verantwortung von Politik allein: Gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf können wir auf die Unternehmen nicht verzichten. Deshalb werbe ich in der Wirtschaft für eine familienfreundliche Unternehmenskultur. In einem Unternehmensnetzwerk haben sich schon über 1.200 Unternehmen zusammengefunden, um Erfahrungen auszutauschen und Familienfreundlichkeit im Betrieb voranzubringen. Ich habe auch gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ein Programm gestartet, um Frauen nach mehreren Jahren der Kindererziehung den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Auch hier muss die Wirtschaft mitziehen:

Wir können Kinderarmut in Deutschland verhindern, wenn wir an einem Strang ziehen und die Rahmenbedingungen für Familien und Kinder verbessern. Die Familienpolitik der Bundesregierung hat diesen Auftrag mit voller Kraft angenommen. Wir müssen alles daran setzen, dass alle Kinder alle Chancen haben. Denn all unser Wohlstand, all unser Wirtschaftswachstum ist nur dann wirklich etwas wert, wenn wir unsere Kinder, unsere Zukunft, daran teilhaben lassen.

Zur Person:

Ursula Gertrud von der Leyen, geb. Albrecht

Geboren am 08. Oktober 1958 in Brüssel (Belgien); verheiratet, 7 Kinder.

Nach dem Abitur studierte Ursula von der Leyen von 1977 bis zu ihrem Studienabbruch 1980 Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Göttingen und Münster. Ein anschließendes Medizinstudium an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) schloss sie 1987 mit dem Staatsexamen und ihrer Approbation als Ärztin ab. Anschließend war sie als Assistenzärztin an der Frauenklinik der MHH tätig. 1991 erfolgte hier auch ihre Promotion zur Dr. med..

Ursula von der Leyen ist seit 1990 Mitglied der CDU. Von 1996 bis 1997 war sie Mitglied im Landesfachausschuss Sozialpolitik der CDU Niedersachsen, anschließend auch Mitglied im Arbeitskreis Ärzte der CDU Niedersachsen. Von 2001 bis 2004 gehörte Ursula von der Leyen dem Rat der Stadt Sehnde an und war hier auch Vorsitzende der CDU-Fraktion. Daneben war sie zu dieser Zeit auch Mitglied der Regionsversammlung Hannover und dort Vorsitzende des Ausschusses Gesundheit und Krankenhäuser.

Am 4. März 2003 trat sie ihren Posten als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit in der von Ministerpräsident Christian Wulff geführten niedersächsischen Landesregierung an.

Von 2003 bis 2005 war sie Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Beim CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf im Dezember 2004 wurde sie ins Präsidium der CDU gewählt. Seit Februar 2005 leitet sie auch die CDU-Kommission „Eltern, Kind, Beruf“.

Am 22. November 2005 wurde Ursula von der Leyen als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Bundesregierung berufen. (Quelle: Wikipedia)

„Viele Arbeitnehmer können von ihrem Verdienst nicht mehr leben und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen.“

(von Ingrid Sehrbrock -CDU-, *Stellvertretende Vorsitzende des DGB und Stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende*)



Wird der große Konflikt der Zukunft der zwischen Arm und Reich sein? - Unsere Gesellschaft verändert sich rapide. Einige wenige schaffen es aus der Mitte der Gesellschaft nach Oben aufzusteigen. Die durchschnittlich 4,5 Millionen • Jahresgehalt der Vorstandsvorsitzenden bei den DAX-30-Unternehmen bilden die derzeitige Spitze der Einkommen.

Bedrohlich ist, dass immer mehr Menschen sozial abrutschen. Der Fall ins Arbeitslosengeld II, oft nach jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit, ist quasi Symbol für den Abstieg aus der Mitte der Gesellschaft. Dieser Abstieg kann jeden/jede treffen trotz Ausbildungsabschluss, trotz Weiterbildung, trotz hoher Kompetenz. Betriebsschließungen und Verlagerungen haben nichts mit der Leistung der Einzelnen zu tun. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust ist allgegenwärtig und hat Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt entstehen lassen, die man sich vor 10 - 15 Jahren nicht hätte vorstellen können.

Das sichtbarste Zeichen, dass etwas nicht stimmt, ist, die wachsende Anzahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die von ihrem Einkommen trotz Vollzeitstelle noch nicht einmal ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Derzeit sind eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen! Von ganz normalen Ausbildungsberufen – Friseur/in oder Verkäufer/in, vom Gebäude bewachen oder Hotelzimmer reinigen – kann man in Deutschland oft nicht mehr leben. Der DGB fordert deswegen einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 •. Der freie Fall der Löhne muss gestoppt werden.

Genau das ist dringend notwendig. In vergleichbaren Ländern wie Frankreich (Mindestlohn 8,27 •) oder Großbritannien (umgerechnet 7,96 •) gibt es ihn längst. Hierzulande arbeiten zwei Millionen Menschen für weniger als 5 • Stundenlohn. Man spricht mittlerweile von einer deutschen Besonderheit.

Mit der Forderung nach einem Mindestlohn stehen die Gewerkschaften nicht alleine da. Jüngst haben sich 66,3 Prozent der Berliner Handwerksbetriebe für einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. Denn ohne eine Lohnuntergrenze könnte es bei voller Freizügigkeit aller Arbeitnehmer in der EU ab 2009 oder 2011 zu einem Unterbietungswettbewerb kommen, der vielen deutschen Betrieben die Existenz kostet.

Die Gewerkschaften haben das Thema „Mindestlohn“ auf die Tagesordnung gesetzt. Immer mehr Institutionen und prominente Einzelpersonen schließen sich unserer Forderung an. Die breite Mehrheit der Bevölkerung wissen wir hinter uns. Und Branche für Branche kommen wir über das Entsendegesetz voran, wenn auch in Trippelschritten.

Wir müssen die Zeit jetzt nutzen. Die Diskussion über den Mindestlohn wird heute sehr offen geführt. Arbeitnehmerfreundliche Positionen zu äußern war eine Zeitlang kaum möglich ohne in den Verdacht der Leistungsfeindlichkeit zu geraten. Wer vor Jahren damit gekommen wäre, dem hätte man als Gewerkschafter/in vorgehalten er/sie sei „sozialromantisch“, „realitätsfremd“ und „blauäugig“.

Hatte man zu Zeiten der Regierung Schröder den Eindruck, Deutschland stände kurz vor dem Abgrund, ist die Stimmung heute positiver. Die Gewerkschaften haben sich die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt etwas genauer angeschaut.

Beim jetzigen Rückgang der Arbeitslosigkeit darf man nicht vergessen, dass von 2000 – 2005 1,65 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen sind. In den letzten beiden Jahren sind aber nur 700.000 Jobs wieder neu geschaffen worden. Viele neue Jobs sind qualitativ schlechter. Denn der Niedriglohnsektor boomt. Hier ist das Einkommen im Schnitt sogar noch gesunken, im Schnitt auf einen Stundenlohn von 6,89 • im Westen und 4,68 • im Osten der Republik.

Zeitverträge, ungewollte Teilzeitarbeit, Minijobs und Ein-Euro-Jobs nehmen zu. Die Zeitarbeit/Leiharbeit wird missbraucht. Keine Rede mehr vom Ausgleich der Auftragsspitzen. Bei gleicher Arbeit verdienen festangestellte und Leiharbeiter höchst unterschiedliche Löhne.

Konkurrenz unter Gewerkschaften belebt auch nicht das Geschäft. Die DGB-Gewerkschaften sehen sich beispielsweise in der Zeitarbeitsbranche der Situation ausgesetzt, dass eine sich als christlich nennende Gewerkschaft an einem Unterbietungswettbewerb mitwirkt. Obskure Arbeitnehmervertretungen stehen unter dem Verdacht, von der Arbeitgeberseite gekauft worden zu sein, bei anderen weiß man es genau.

Die stabilisierende Mitte der Gesellschaft kommt unter Druck. Die Konflikte zeichnen sich schon ab. Von seinem Lohn muss man seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Es dürfen nicht immer größere Teile der erwerbsfähigen Generation selbst zu Transferempfängern werden.

Die einen können nicht mehr für unser Gemeinwesen aufkommen, andere wollen es nicht, wie der jüngste Steuerskandal gezeigt hat. So kann das Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht funktionieren. - Die Politik ist als ordnende Hand gefordert.

Zur Person:

Ingrid Sehrbrock

Geboren am 01. Juni 1948 in Offenbach am Main.

Nach einer Ausbildung als Drogistin studierte sie von 1971 - 1976 Anglistik, Politikwissenschaft, Chemie und Pädagogik (Lehramt) in Frankfurt am Main. 1976 trat sie in die HBV (heute ein Teil von ver.di) ein. Nach einer Tätigkeit als Lehrerin wurde sie 1987 persönliche Referentin der Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten des Landes Hessen, danach (1989) Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU und Leiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik der CDU.

Seit 1999 ist sie Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und seit dem 23. Mai 2006 stellvertretende DGB-Vorsitzende, in dem sie das einzige CDU-Mitglied ist. Im DGB ist sie zuständig für die Bereiche Bildung, Öffentlicher Dienst/Beamte, Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Arbeits- und Sozialrecht sowie die DGB-Jugend. Ingrid Sehrbrock ist seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft). (Quelle: Wikipedia)

Wohlstand durch Arbeit

(von Christian Baldauf MdL, *Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz*)

Ende Mai legte die Bundesregierung ihren diesjährigen Armutsbericht vor. Er sorgte für eine heftig aufflackernde Debatte, in der allerdings im Wesentlichen bekannte Standpunkte noch einmal aufgeköchelt wurden. Die SPD bekräftigte ihre Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen. Die Union lehnte das ab und verwies auf ihre neuen Impulse in der Familienpolitik. Dabei wirkte die Debatte schon ein wenig surrealistisch. Denn der Armutsbericht erfasst nur die Zahlen bis Ende 2005. Die beachtliche Entwicklung am Arbeitsmarkt ab 2006, die über eine Million Menschen neu in Vollarbeitsplätze brachte, war in dem Armutsbericht noch gar nicht erfasst. Die Zahlen sind nicht mehr aktuell.



Armut, bestimmt als ein Einkommen zu einem bestimmten Maß unter dem Durchschnitt im Land, droht in erster Linie dann, wenn Menschen auf längere Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren oder erst gar keinen finden. Armut heißt nicht zwangsläufig hungern oder frieren. Unser Sozialstaat garantiert ein Mindesteinkommen als gesetzlich definiertes Existenzminimum. Aber Anteil am Wohlstand, die Chancen, Einkommen zu mehren und eine dementsprechende Altersversorgung aufzubauen, am öffentlichen Leben teilzuhaben, Hobbys und Ehrenamt zu pflegen, gibt nur Arbeit, sei es als Arbeitnehmer oder als Selbstständiger. Nur Vollbeschäftigung kann Armut auf Dauer verhindern und alle an den Früchten des Wohlstandes beteiligen.

Auf dem Weg von der Rekordarbeitslosigkeit unter Rot-Grün zur Vollbeschäftigung sind wir ein sichtbares Stück vorangekommen. Wir verdanken es einer gründlichen Sanierung großer Teile der Firmen unserer Wirtschaft, die sich neu formiert haben und am internationalen Markt jetzt besser dastehen. Die Steigerung der in Deutschland immer noch besonders hohen Arbeitskosten wurde mit maßvollen Tarifabschlüssen, längeren und flexibleren Arbeitszeiten, ja in machen Betrieben auch mit Lohnverzicht gedämmt. Der Export unserer Waren und Produkte boomt und trägt den Aufschwung. Inzwischen gibt es schon Engpässe auf dem Arbeitsmarkt. Ingenieure und Facharbeiter fehlen in machen Branchen. Kürzlich sprachen Mitglieder unserer Landtagsfraktion mit einem mittelständischen Maschinenbauer, der in Deutschland keine geeigneten Ingenieure mehr findet und seine Experten auf dem europäischen Arbeitsmarkt suchen muss.

Aber dennoch sind wir von einer Vollbeschäftigung, einer stabilen Vollbeschäftigung gar, noch weit entfernt. Das verhindern nach wie vor ungelöste Probleme, für die die Politik verantwortlich ist: Noch immer ist die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich, bei weniger produktiven Tätigkeiten, besonders hoch. Manche Bereiche beherrscht hier der Schwarzmarkt. Doch das muss nicht so sein, wenn wir zwei Hindernisse beiseite räumen.

1. müssen Menschen, die eher für einfachere Tätigkeiten geeignet sind, einen wirtschaftlichen Anreiz haben, ihren Lebensunterhalt mit eigener Arbeit zu verdienen. Das heißt, sie müssen, wenn sie Vollzeit arbeiten gehen, netto mehr in der Tasche haben, als sie an Sozialleistungen empfangen könnten. Die SPD will das mit gesetzlichen

Mindestlöhnen regeln. Doch das kann nur schief gehen. Denn für eine Arbeit kann nur so viel vergütet werden, wie die Kunden am Markt bereit sind, für die Arbeitsleistung zu zahlen. Dazu ein Beispiel: eine Putzhilfe bekommt auf dem Schwarzmarkt in der Region Rhein-Main bis zu 10 Euro pro Stunde. Ein Unternehmen, das diese Arbeit anbietet und seinen Mitarbeitern einen Nettolohn von 10 Euro/Stunde garantiert, muss dafür bis zu 20 Euro pro Stunde bezahlt bekommen, um die Steuern, Sozialbeiträge und Gewinnmarge zu finanzieren. Doch bei 20 Euro bricht die Nachfrage nach Putzhilfen mit Sicherheit zusammen. Diesen Preis können allzu viel nicht mehr bezahlen. Deshalb müssen wir das Problem anders lösen. Bis zu einem Betrag, der sichtbar über dem liegt, was man aus Sozialleistungen ohne Arbeit erhalten kann, muss der Lohn brutto für netto ausgezahlt werden. Dazu müssen wir die Steuerfreibeträge spürbar anheben und in größerem Umfang als bisher Zuschüsse für die Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Und wir können z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen noch mehr als bisher steuerlich absetzbar machen. Für den Staat kann das ein gutes Geschäft sein. Er kann mehr an Sozialleistungen einsparen, als er auf Steuereinnahmen verzichtet oder Zuschüsse für die Sozialversicherung zahlt.

2. müssen wir die chronisch flauere Binnenkonjunktur wieder auf die Beine bringen. Gerade die Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren stagnierende oder gar sinkende Realeinkommen hinnehmen müssen. Die Kaufkraft der verfügbaren Nettoeinkommen sinkt. Auf der einen Seite steigen die Preise, besonders für Energie und Lebensmittel. Auf der anderen Seite steigt die Abgabenbelastung. Brutto ist immer weniger Netto geworden. Nach den Zahlen der OECD liegt die Grenzabgabenbelastung eines durchschnittlich verdienenden allein stehenden Arbeitnehmers in Deutschland über 60%. Von einem hinzuverdienten Euro nimmt der Staat über 60 Cent weg. Einer Familie mit zwei Kindern geht es nicht viel besser. Um wenigstens die Inflation bei den Nettoeinkommen auszugleichen müssten heute die Bruttogehälter um 8 bis 9 % steigen. Jeder vernünftige Mensch muss wissen, dass damit alle erzielten Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit wieder verspielt würden. Also muss die Belastung durch Steuern und Abgaben sinken. Mit einem niedrigeren Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ist ein Anfang gemacht. Dieser Schritt könnte noch ein wenig größer ausfallen. Wir müssen aber auch die Einkommensteuer senken, mit höheren Grundfreibeträgen für die Arbeitnehmer, aber auch für die zu versorgenden Kinder. Wir müssen die Steuerprogression abflachen. Es kann nicht sein, dass man mit weniger als dem Anderthalbfachen des Durchschnittsverdienstes schon im Spitzensteuersatz landet. Früher erreichte man das erst mit dem mehr als Zehnfachen! Deshalb hat die CSU recht, wenn sie jetzt entscheidende Schritte zu Steuerentlastung einfordert. Und deshalb bin ich dankbar für die gemeinsame Initiative der Arbeitnehmergruppe und des Parlamentskreises Mittelstand in der Bundestagsfraktion. Arbeit muss sich lohnen und der Aufschwung der Binnenkonjunktur schafft mehr Arbeitsplätze – für beides brauchen wir mehr Netto für Brutto.



Für Vollbeschäftigung brauchen wir aber auch immer neue Spitzenprodukte für den Weltmarkt. Bei Forschung und Entwicklung müssen wir immer an der Spitze bleiben. Nur so kann ein Hochlohnland bestehen. Und wir brauchen bezahlbare Energie, die unser Klima schont.

Unsere Energiepreise zählen zu den höchsten in der Welt. Für die Grundlast der Stromversorgung geht es nicht ohne die Kernkraft. Das erkennen immer mehr Länder in Europa – jetzt auch die Italiener. Und wir müssen alternative Antriebsenergien für unsere Verkehrsmittel und für die Beheizung unserer Häuser jetzt mit den größten Anstrengungen zur Marktreife bringen. Die weltweite Nachfrage wird den Preis für Öl und Gas weiter noch oben treiben. Davon müssen wir uns immer unabhängiger machen.

Vollbeschäftigung ist der sozial gerechteste Zustand einer Volkswirtschaft. Nur sie gibt jedem die Chance, die Verantwortung für sich und seine Familie selbst zu tragen und seinen eigenen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Vollbeschäftigung ist ein Kernziel der sozialen Marktwirtschaft. Es verbindet Unternehmer und Arbeitnehmer zu gegenseitigem Nutzen. Sie schafft gerechten Ausgleich der Interessen und ist der beste Garant des inneren Friedens. Deshalb sollten wir alle Energien auf dieses Ziel richten.

Zur Person:

Christian Baldauf

Geboren am 09. August 1967 in Frankenthal; römisch-katholisch; verheiratet, 2 Kinder. Nach seinem Abitur studierte Christian Baldauf Rechts- und Verwaltungswissenschaften in Mannheim und Heidelberg und legte 1991 sein 1. Staatsexamen und 1994 sein 2. Staatsexamen ab. 1993/94 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von Maria Böhmer (MdB). 1995 trat er in eine Kanzlei in Frankenthal ein und ist seither Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht. 1983 wurde Christian Baldauf Mitglied der CDU und war 1992–96 Vorsitzender der Jungen Union des Kreisverbandes Frankenthal. 1994 wurde er in den Stadtrat von Frankenthal gewählt. Von 1999 bis zum 26. Februar 2007 war Christian Baldauf Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Frankenthal. 2001 gewann er das Direktmandat und zog in den Landtag von Rheinland-Pfalz ein. Nach seiner erfolgreichen Wiederwahl 2006 wurde er Fraktionsvorsitzender im Mainzer Landtag, und kurz darauf wählte ihn die Partei auch zum Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz. Seit 2006 ist er auch Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschland.

(Quelle: Wikipedia)



„Ist oder wird die CDU noch eine Volkspartei sein?“ – Rolle der Arbeitnehmer/innen in der CDU und in Deutschland

(von Ronald Pofalla, *MdB und Generalsekretär der CDU Deutschlands*)

Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte in Deutschland und die führende politische Kraft in diesem Land. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und stehen für Freiheit und für Sicherheit gleichermaßen. Der Bürger, der für sich und die Seinen sorgen kann, Solidarität übt und in der Gesellschaft Verantwortung übernimmt, ist unser Leitbild, nicht irgendeine Gesellschaftstheorie oder eine bestimmte Gruppe, Schicht oder Klasse.

Die CDU macht Politik für alle –für die Jüngeren ebenso wie für die Älteren, für die Chancen des Arbeitslosen wie für die Entlastung des Beitragszahlers, für die Chancen vernachlässigter Kinder wie für die beste Förderung des Ausnahmetalents, für Arbeitnehmerrechte genauso wie für gute Rahmenbedingungen für Unternehmer.

Es wird viel vom Ende der Volksparteien gesprochen. Aber wir sind überzeugt: Auch heute kann man eine Politik formulieren, die einer Mehrheit der Bürger als vernünftig einleuchtet. Mit diesem Ziel haben wir in den letzten beiden Jahren unser neues Grundsatzprogramm diskutiert und beschlossen: Aus der Vielfalt der Perspektiven, Orientierungen und Interessen, für die die Mitglieder und Vereinigungen der CDU eintreten, und auf der Basis unserer gemeinsamen Werte, einen politischen Konsens herzustellen, der auf das Gemeinwohl zielt. Das ist uns – denke ich – gelungen.

Volkspartei der Mitte –das heißt: Keine ideologischen Lösungen; kein Populismus der leeren Versprechungen, weder von links noch von rechts; keine Politik nur von den sozialen Rändern her, die vergisst, dass alles, was solidarisch verteilt wird, zuerst freiheitlich erwirtschaftet werden muss. Mitte heißt: Eine wertegeleitete und doch pragmatische Politik mit Blick auf die Menschen und ihre tatsächlichen Lebensumstände; politische Konzepte für Freiheit und für Zusammenhalt in unserer Gesellschaft; gerechte Lösungen, die allen Chancen eröffnen, nicht verbauen.

Und speziell die Arbeitnehmer? Wenn wir als CDU die bürgerliche Mitte in Deutschland stärken wollen, dann sind das ganz wesentlich die Arbeitnehmer. Mitte stärken heißt, sie zu entlasten durch niedrigere Steuern und Abgaben, wie wir es im neuen Grundsatzprogramm bekräftigt haben. Mitte stärken heißt aber auch, sie zu verbreitern: Aus Arbeitssuchenden Arbeitende zu machen, aus bildungsfern aufwachsenden Kindern Jugendliche, die ihren Weg in die Gesellschaft finden, und aus Integrationswilligen integrierte Mitbürger, die unser Land bereichern. Es ist die bürgerliche Mitte, es sind vor allem die vielen hart arbeitenden Arbeitnehmer, die unser Gemeinwesen und unseren Sozialstaat tragen.

Die Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung seit 2005 sind ganz wesentlich Erfolge für Arbeitsmarkt und Arbeitnehmer. Mit 40 Millionen Erwerbstätigen haben wir den höchsten Stand seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Die Zahl der sozial-

versicherungspflichtigen Arbeitsplätze steigt weiter. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem historischen Höchststand unter Rot/Grün von über 5,2 Millionen um rund 2 Millionen zurückgegangen.

Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem geringsten Stand seit der Wiedervereinigung unseres Landes. Seit 2005 konnte sie halbiert werden. Der konsequent eingehaltene Konsolidierungskurs und eine erfolgreiche Finanzpolitik bescheren Deutschland die niedrigste Staatsquote seit 1973. Eine geringere Staatsquote bedeutet verbesserte Wachstumschancen, und damit bessere Chancen für mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge sind massiv gesenkt worden. Das Geld kommt jetzt jenen zugute, die für den Überschuss der „Agentur für Arbeit“ gesorgt haben: den Beitragszahlern und Betrieben.



Diese Erfolge spornen uns an, unseren Kurs zu halten. Im Mittelpunkt unserer Politik bleibt: Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Gerade weil die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind, setzen wir mit Vernunft und Augenmaß unsere Politik für mehr Arbeit, mehr Wohlstand und mehr Wachstum fort. So bleiben wir Volkspartei und Partei für die Arbeitnehmer in diesem Land.

Zur Person:

Ronald Pofalla

Geboren am 15. Mai 1959 in Weeze; evangelisch; verheiratet.

Nach der Mittleren Reife 1975 an der Hauptschule Weeze besuchte Ronald Pofalla die Fachoberschule für Sozialpädagogik in Kleve, an der er 1977 die Fachhochschulreife bestand. Danach studierte er Sozialpädagogik an der Fachhochschule Düsseldorf. 1981 beendete Ronald Pofalla zunächst sein Studium der Sozialpädagogik mit dem Diplom (FH), um im Anschluss daran noch ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Köln aufzunehmen, welches er 1987 mit dem ersten Staatsexamen beendete. Nach dem Referendariat legte er 1991 auch das zweite Staatsexamen ab und ist seitdem als Rechtsanwalt zugelassen.

Ronald Pofalla ist seit 1975 Mitglied der CDU. Hier engagierte er sich zunächst in der Jungen Union, deren Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen er von 1986 bis 1992 war. Seit 1991 ist er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Kleve und seit 2000 auch des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein. Ronald Pofalla gehört außerdem seit 1995 dem CDU-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an.

Ronald Pofalla gehörte dem Gemeinderat seines Geburtsortes Weeze an und war hier von 1979 bis 1992 Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Seit 1990 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war er von 2002 bis 2004 Justitiar und von 2004 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit sowie Mittelstand.

Am 5. Dezember 2005 wurde er vom CDU-Bundesvorstand als CDU-Generalsekretär benannt und am 27. November 2006 vom 20. Bundesparteitag in Dresden mit 80,78 % der Stimmen offiziell gewählt.

(Quelle: Wikipedia)



GEMEINSAMKEITEN UND TRENNENDES - Die neue Zusammenarbeit von Arbeitnehmergruppe und dem Parlamentskreis Mittelstand -

(von Gerald Weiß MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und 1. Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA Deutschlands)

Bei kontroversen Diskussionen in der CDU/CSU-Fraktion finden sich Arbeitnehmergruppe und der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) oft in entgegengesetzten Lagern wieder. Kein Wunder! Schließlich fühlen sich die einen als die Interessenvertreter der mittelständischen Wirtschaft und die anderen als die Interessenvertreter der Arbeitnehmer-

innen und Arbeitnehmer. Daran haben sich Fraktion und interessierte Öffentlichkeit gewöhnt.

Großes Erstaunen ernteten die scheinbar ewigen Gegner, als sie vermeintlich aus heiterem Himmel zu einer Reihe von gemeinsamen Initiativen zusammenfanden. Anfang April 2008 trafen sich die Vorstände von PKM und Arbeitnehmergruppe, um auszuloten, welche gemeinsamen Initiativen beide Gruppen starten könnten. Dabei spielten auf der Seite des PKM zwei Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle: der Vorsitzende des PKM, Michael Fuchs, und der ehemalige Vorsitzende des PKM, Peter Rauen. Diskussionen über den Mindestlohn sind eindeutig nicht gemeinschaftsfördernd. Statt das Trennende zu betonen, suchten beide Vorstände die Gemeinsamkeiten.

Die erste gemeinsame Initiative beschäftigte sich mit der Photovoltaik. Beide Gruppen unterstützen die Absicht, den Anteil der erneuerbarer Energien zu steigern. Allen ist klar, dass dies Geld kostet. Zugleich dürfen jedoch die Belastungen für die Verbraucher nicht immer weiter steigen. Gerade für Bezieher niedrigerer Einkommen und für Kleinbetriebe beansprucht Strom einen wesentlichen und ständig wachsenden Anteil des verfügbaren Haushaltbudgets bzw. der laufenden betrieblichen Fixkosten. Die Förderung der „Sonnenenergie“ erfolgt über den Strompreis. Es ist nicht gerecht, dass die Gemeinschaft der Stromkunden für die Ausrüstung der Dächer von Wohlhabenden mit Sonnenkollektoren zahlen muss. Deshalb forderten Arbeitnehmergruppe und PKM eine Reduzierung der Förderung der Photovoltaik.

In einer zweiten Initiative setzten sich beide Gruppen für eine mittelstandstaugliche und beschäftigungsfördernde Erbschaftsteuerreform ein. Mittelständische Unternehmen sollen auch nach dem Tod des Eigentümers erfolgreich weitergeführt werden und damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die dritte gemeinsame Aktion erweckte die große Aufmerksamkeit der Presse. Ein wesentlicher Grund für die negative Realeinkommensentwicklung sind die „heimlichen Steuererhöhungen“ durch die „kalte Progression“. Es war vor allem Peter Rauen, der darauf hinwies, dass laut Jahreswirtschaftsbericht in den Jahren 2006 und 2007 die Bruttolöhne um

43 Milliarden Euro gestiegen seien. Davon seien lediglich 17 Milliarden Euro bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angekommen. Peter Rauen forderte uns dazu auf, gemeinsam für eine Entlastung an dieser Stelle einzutreten. Er entwarf ein Konzept, dem wir im Wesentlichen gefolgt sind. Gemeinsam wollen wir, dass der Grundfreibetrag schon im kommenden Jahr heraufgesetzt und die Progressionsgrenzen inflationsindexiert werden. Darüber hinaus sollen die bereits jetzt erkennbaren Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit für eine Beitragssenkung der Arbeitslosenversicherung Anfang des kommenden Jahres auf unter 3 Prozent eingesetzt werden.



Wir können erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Meinungsverschiedenheiten werden dabei nicht verdeckt. Gelingt es uns, diese in glaubwürdigen und überzeugenden Kompromissen zu überbrücken, sichern wir damit der Union den Status „Volkspartei“. Dabei gilt: Wir sehen gemeinsam aufs Ganze und respektieren einander.

Zur Person:

Gerald Weiß

Geboren am 12. Juli 1945 in Rüsselsheim; römisch-katholisch; verheiratet, 2 Kinder.

Nach dem Abitur am Begemann-Wirtschaftsgymnasium in Frankfurt am Main absolvierte Gerald Weiß ein Studium der Wirtschaftspädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, das er 1971 als Diplom-Handelslehrer beendete. Anschließend war er von 1972 bis 1975 Dozent an einer Fachschule für Wirtschaft in Frankfurt am Main.

Seit 1968 ist Gerald Weiß Mitglied der CDU. Von 1990 bis 2000 war er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Groß-Gerau. Seit 1997 ist er Vorsitzender des Landesverbandes Hessen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und seit 2005 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA.

Von 1974 bis 1987 sowie von 1991 bis 1998 war Gerald Weiß Mitglied des Hessischen Landtages.

Von 1987 bis 1991 gehörte Gerald Weiß als Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium der von Ministerpräsident Walter Wallmann geführten Landesregierung an.

Seit 1998 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier ist er seit April 2000 Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit November 2005 Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

(Quelle: Wikipedia)



Die Vertrauenskrise der Sozialen Marktwirtschaft überwinden

(von Peter Müller MdL, *Ministerpräsident des Saarlandes und Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Saarland*)

Die maßgeblich von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack entwickelte Soziale Marktwirtschaft formte das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg; ihr beeindruckender ökonomischer Erfolg („Wirtschaftswunder“) war eine wesentliche Stütze beim Aufbau und der Stabilisierung der zweiten Demokratie auf deutschem Boden. Dieser Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung ist ins Wanken geraten: Die Soziale Marktwirtschaft steckt in einer Vertrauenskrise. Diese Vertrauenskrise beruht

auf der schwindenden Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. So haben laut einer im Mai dieses Jahres im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung durchgeführten Umfrage gerade einmal 31 Prozent der Bundesbürger von unserem Wirtschaftssystem eine gute Meinung; 38 Prozent hingegen haben eine schlechte Meinung. Besonders alarmierendes Ergebnis dieser Studie: 60 Jahre nach Einführung der Sozialen Marktwirtschaft halten 73 Prozent der Befragten die wirtschaftlichen Verhältnisse hierzulande für ungerecht; lediglich 13 Prozent der Deutschen bezeichneten die Verteilung von Einkommen und Vermögen als gerecht.

Eine Volkspartei wie die CDU, insbesondere die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, muss diese Vertrauenskrise der Sozialen Marktwirtschaft ernst nehmen und darauf reagieren. Um die teilweise verloren gegangene Prägkraft der Sozialen Marktwirtschaft wieder herzustellen, ist eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit der Kritik an ihr unabdingbar. Zu dieser vorbehaltlosen Auseinandersetzung gehört es, anzuerkennen, dass die Kritik an Teilen der Wirtschaftselite ein reales Problem unserer Marktwirtschaft thematisiert und weder Ausdruck einer vermeintlich typisch deutschen Neiddebatte noch eines rein politischen Populismus ist. Denn wenn Manager Unternehmen ausschließlich über Renditen und Aktienkurse definieren, mag es konsequent sein, die Mitteilung von Rekordgewinnen und Spitzenkursen mit der Ankündigung von Massenentlassungen zu verbinden. Gleichzeitig bedeutet dies aber, dass die Interessen der Beschäftigten nachrangig gewertet werden. Der Satz: „Wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut!“ verliert seine Bedeutung. Damit wird aber ein grundlegendes Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt: Ohne eine angemessene Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an den erwirtschafteten Erträgen eines Unternehmens wird die Soziale Marktwirtschaft auf Dauer nicht funktionsfähig sein.

In diesem Zusammenhang hat das Versagen einzelner Teile der wirtschaftlichen Führungseliten besonderen Schaden für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft angerichtet. Führungseliten haben Vorbildfunktion und müssen dieser gerecht werden. Insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen wird dieser Funktion ebenso wie dem Prinzip der sozialen Verantwortung in vorbildlicher Weise Rechnung getragen. Gleichzeitig

gibt es aber insbesondere auf der Ebene der Vorstände börsennotierter Unternehmen eklatantes Versagen, unverantwortliche Selbstbedienungsmentalitäten und Missbrauchstatbestände, die geeignet sind, das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft dauerhaft zu schädigen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Diskrepanz zwischen dem, was von den eigenen Beschäftigten verlangt wird und dem, was man sich selbst zubilligt. Wer von seinen Beschäftigten Lohnzurückhaltung oder die Einschränkung bestehender Besitzstände verlangt, muss mit gutem Beispiel vorangehen. Tatsächlich ist aber häufig das Gegenteil der Fall: Die Schere zwischen dem Einkommen der Beschäftigten und dem der Führungskräfte öffnet sich immer weiter. Nicht begründbar ist es, wenn Führungsversagen von Managern auch noch mit Abfindungen in Millionenhöhe belohnt wird. Gleiches gilt für exorbitant hohe Rentenzahlungen. All dies ist legal – unter wirtschaftsethischen Gesichtspunkten aber nicht vertretbar.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig, im Interesse der Erhaltung der Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft das Fehlverhalten einzelner Teile der wirtschaftlichen Elite zu thematisieren und zu korrigieren. Gefordert sind zunächst die Selbstreinigungskräfte der Wirtschaft.

Der Kodex guter Unternehmensführung (Good Governance) ist zu präzisieren und muss zur allgemein anerkannten Grundlage des Handelns von Unternehmen werden. Insbesondere bedarf es nachvollziehbarer Regelungen zur Festsetzung von Gehältern, sonstigen Gehaltsbestandteilen und Abfinden. Unangemessene Selbstbedienungsstatbestände bedürfen der kritischen Distanzierung und Verurteilung durch verantwortliche Vertreter der Wirtschaftselite. In gleicher Weise müssen aber Vorbilder herausgestellt werden, damit nicht in Vergessenheit gerät, dass der Großteil der Unternehmer oder Manager sich anständig verhält und sich mit seinen Beschäftigten und dem Wirtschaftsstandort Deutschland verbunden fühlt.



Darüber hinaus stellt sich die Frage nach politischem Handeln. Die Handlungsmöglichkeiten der Politik sind dabei begrenzt. Gehaltsfestsetzungen im privaten Bereich können nicht Aufgabe der Politik sein. Andererseits muss in der gegenwärtigen Situation die Politik zumindest die bestehenden begrenzten Handlungsmöglichkeiten nutzen. Dies bedeutet zunächst einmal, dass auch durch rechtliche Vorgaben größtmögliche Transparenz mit Blick auf Vorstandsbezüge geschaffen werden muss. Börsennotierte Unternehmen müssen verpflichtet werden, alle Vorstandsgehälter individualisiert auszuweisen. Insbesondere die Möglichkeit, dieser Verpflichtung durch einen Beschluss der Gesellschafterversammlung zu entgehen, muss gestrichen werden. Sonstige Gehaltsbestandteile (Rentenzusagen, Aktienoptionen, Boni) sind lückenlos zu dokumentieren. Zudem ist die steuerliche Absetzbarkeit von Abfindungen als Betriebsausgaben zu beschränken. Die Behauptung, dieses sei verfassungsrechtlich unzulässig, ist unzutreffend. Darüber hinaus ist auch zu überprüfen, ob und inwieweit Vorstandsgehälter in ihrer steuerlichen Absetzbarkeit beschränkt werden können. Sowohl mit Blick auf Abfindungen als auch mit Blick auf die Bezüge ist eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit auf einen Betrag von 1 Million Euro denkbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es eine Vielzahl von konkreten Handlungsmöglichkeiten gibt, mit denen das Vertrauen der Bevölkerung zumindest teilweise

zurückgewonnen werden kann. Darüber hinaus sollte uns die jetzige Vertrauenskrise der Sozialen Marktwirtschaft ermahnen, dass viele politische und soziale Errungenschaften, die wir heute als selbstverständlich ansehen, in Wirklichkeit immer wieder neu erarbeitet und verteidigt werden müssen. Eine führende Wirtschaftsnation wie Deutschland darf sich in Zeiten der Globalisierung nicht selbstgenügsam zurücklehnen. „Wohlstand für alle“ muss immer von allen neu erschaffen werden. Leistungsbereitschaft, Mut und Innovation sind hierfür ebenso die Voraussetzungen wie Vertrauen, gegenseitige Rücksichtnahme und Unterstützung der Schwachen durch die Starken. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bedingen und begrenzen sich gegenseitig und werden in idealer Weise verkörpert in der Sozialen Marktwirtschaft. Diese gerade in Zeiten zu verteidigen, in denen sie kritisiert wird, ist nicht nur eine notwendige, sondern auch eine ehrenvolle Aufgabe eines jeden christlich-demokratischen Arbeitnehmers, denn die einzigartige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland war und ist auch der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft.

Zur Person:

Peter Aloysius Müller

Geboren am 25. September 1955 in Illingen; verheiratet, 3 Kinder.

Peter Müller ist in dem Eppelborner Gemeindeteil Bubach-Calmesweiler aufgewachsen. 1974 absolvierte er das Abitur am Realgymnasium Lebach. Von 1975 bis 1983 studierte er an der Universität des Saarlandes und an der Universität Bonn Rechts- und Politikwissenschaft. Es folgte von 1983 bis 1986 ein Rechtsreferendariat. Zeitgleich war er als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht II der Universität des Saarlandes tätig. Nach seinem zweiten Juraexamen arbeitete er ab April 1986 als Richter, zuletzt am Landgericht in Saarbrücken. Des Weiteren wirkte er als Lehrbeauftragter der Universität des Saarlandes.

In den Anfangsjahren seiner politischen Tätigkeit war er zunächst in der Jungen Union tätig. Dieser trat er 1971 bei. Schnell stieg er in den Landes- und Bundesvorstand auf. Von 1983 bis 1987 war er Landesvorsitzender der JU-Saar. Seit 1990 ist Peter Müller Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. In jener Legislaturperiode bekleidete er durchgehend das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers. Am 12. April 1994 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden der CDU-Saar gewählt.

Dem Landesvorstand gehörte er zu Beginn als Grundsatzreferent an. Im November 1995 wurde Peter Müller zum Landesvorsitzenden der Saar-CDU ernannt. In diesem Amt wurde er 1997 bestätigt. Seit 1998 ist er Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands.

Ministerpräsident des Saarlandes ist Peter Müller seit 1999.

(Quelle: Wikipedia)

„Altersarmut verhindern – die Alterssicherung zukunftsfest machen“

(von Peter Weiß, *CDU und Mitglied des Deutschen Bundestages*)

Sicherheit im Alter und Schutz vor Armut – das sind für die meisten Mitbürgerinnen und Mitbürger zentrale Anliegen, wenn sie an die Lebensphase nach ihrer Berufstätigkeit denken. Sicherheit im Alter und ein wirksamer Schutz gegen Altersarmut sind daher auch zentrale Ziele christlich-sozialer Politik. Die größte und bedeutendste alterspolitische Innovation in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Einführung der dynamischen Rente im Jahr 1957. Bis dahin konnten über 70 Prozent der damaligen Rentnerinnen und Rentner von ihrer Rente nicht leben



und mussten zusätzlich Sozialhilfe beantragen. Altersarmut war die tagtägliche Erfahrung vieler Seniorinnen und Senioren. Die dynamische Rente hat in den Folgejahren Gewaltiges geleistet. Heute ist nur noch für 2,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner das Alterseinkommen nicht auskömmlich. Sie beziehen zusätzliche Leistungen der Grundsicherung im Alter, wie seit 2003 die Sozialhilfe für Ältere genannt wird.

Trotzdem wird in Deutschland heute wieder die Frage der Altersarmut und der Schutz davor intensiv diskutiert. Anlass dafür sind die Rentenreformen der letzten Jahre. Diese Reformen werfen die Frage auf, ob künftige Generationen von Rentnerinnen und Rentnern genauso wie heute sicher vor Altersarmut sein können.

Durch die tiefgreifenden Rentenreformen der letzten Jahre konnte die langfristige Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung angesichts des demographischen Wandels deutlich verbessert werden. Diese Reformen haben aber eine Kehrseite: Die Versicherten müssen sich künftig auf ein deutlich geringeres Versorgungsniveau aus der gesetzlichen Rente einstellen als die bisherigen Rentnerinnen und Rentner. Denn der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung darf nach den neuen gesetzlichen Vorgaben bis 2020 nicht über 20 Prozent und bis 2030 nicht über 22 Prozent ansteigen. Künftig ist diese gesetzlich normierte Beitragssatzstabilität oberste Richtschnur der Rentenpolitik. Sie soll gewährleisten, dass die aktiv Beschäftigten als Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht überfordert werden.

Diese Beitragsstabilität ist aber bei zunehmender Zahl der Rentenempfänger und gleichzeitig steigender Rentenbezugsdauer aufgrund der Steigerung der Lebenserwartung nur zu gewährleisten, wenn das Rentenniveau in den kommenden Jahren sinkt. So soll das Nettorentenniveau nach Steuern 2020 bei 46,7 Prozent und 2030 bei 43,8 Prozent liegen.

Problematisch wird diese schrittweise Absenkung des Rentenniveaus, wenn Beitragszahler mit geringem Verdienst auch nur geringe Rentenansprüche erwerben können. Damit könnte in Zukunft die Leistung aus der gesetzlichen Rentenversicherung für eine größer werdende Zahl von Rentnerinnen und Rentner unter dem Niveau der gesetzlichen Grundsicherung im Alter liegen. Schon heute zeigen die Neuzugänge in die Grundsicherung im Alter, dass vor

allem Menschen, die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen, ergänzende öffentliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen.

Das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente soll in Zukunft ausgeglichen werden durch die zusätzlichen Systeme der betrieblichen Altersvorsorge und die private kapitalgedeckte Altersvorsorge (so genanntes Riester-Sparen). Die Altersvorsorge auf drei Säulen (gesetzlich, betrieblich, privat) soll die neue Sicherheit im Alter garantieren. Lebensstandardsicherung im Alter wurde in der Vergangenheit durch die gesetzliche Rente gewährleistet. In Zukunft wird die gesetzliche Rente immer noch den Hauptteil der Lebensstandardsicherung im Alter schultern, aber sie wird nicht mehr alleine ausreichen, sondern muss durch die zusätzlichen Säulen ergänzt werden. Indem sich umlagefinanzierte gesetzliche Rente und kapitalgedeckte Zusatzrente ergänzen, sollen auch die Belastungen unter den Generationen angesichts des demographischen Wandels gerechter verteilt werden.

Allerdings kann der Aufbau zusätzlicher Altersvorsorge bei zurückgehendem Niveau der gesetzlichen Rente nicht einfach „Privatsache“ des Einzelnen bleiben. Der Staat muss durch entsprechende Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Aufbau einer betrieblichen wie einer privaten kapitalgedeckten Zusatzrente unterstützen und attraktiver gestalten. Das gilt insbesondere für Niedrigverdiener und für Familien mit Kindern, denen zusätzliche Vorsorge angesichts eines oft engen Familienbudgets finanziell besonders schwer fällt.



Unter anderem auch auf Initiative christlich-sozialer Politiker wurde die Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge daher deutlich ausgebaut. In jüngster Zeit wurden die Förderinstrumentarien deutlich verbessert: Die Entgeltumwandlung für die Altersvorsorge bleibt dauerhaft steuer- und sozialabgabenfrei. Damit wird vor allem der Aufbau der betrieblichen Altersvorsorge durch den Staat unterstützt. Für den Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge (sogenannte Riester- Rente) stellt die Staat erhebliche Förderbeträge bereit. Für ab 2008 geborene Kinder erhalten deren Eltern jetzt 300 Euro jährlich als Zuschuss zum Riester- Sparvertrag. Für junge Leute unter 25 Jahre wird bei Abschluss eines Altersvorsorgevertrages ein einmaliger Startzuschuss von 200 Euro gewährt.

Niedrigverdiener werden jedoch zur betrieblichen Altersvorsorge und Riester-Verträgen nur motiviert, wenn sie davon ausgehen können, dass ihr privates bzw. betriebliches Altersvorsorgevermögen in der Rentenbezugsphase erhalten bleibt und ihnen über das Grundsicherungsniveau zur Verfügung steht. Wenn Niedrigverdiener oder Versicherte mit vielen Ausfallzeiten davon ausgehen müssen, dass privates oder betriebliches Altersvorsorgevermögen voll auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird, schafft das keinen Anreiz zur eigenverantwortlichen Altersvorsorge und damit zur Verhinderung der Altersarmut.

Auf dieses Dilemma muss die Alterssicherungspolitik der Zukunft eine Antwort geben. Wer

zusätzlich für das Alter vorgesorgt hat, der sollte im Alter auch etwas davon haben. Und zudem muss auch in Zukunft gelten: Wer über ein langes Berufsleben regelmäßig seine Beiträge zur Altersvorsorge entrichtet hat, der sollte die Gewissheit haben, dass er im Alter nicht auf staatliche Grundsicherung angewiesen ist, sondern dass er vom eigenen Alterseinkommen leben kann.



Eine Kernthese christlich-sozialer Rentenpolitik lautet daher: Wer 35 und mehr

Jahre regelmäßig aus einem Vollzeitjob in die Rentenkasse eingezahlt hat, dessen Rente sollte auch über dem Grundsicherungsniveau liegen.

Diskutiert werden verschiedene Modelle eines zusätzlichen Schutzes gegen Altersarmut:

1. Das Modell der kirchlichen Sozialverbände schlägt vor, eine Art „Sockelrente“ für alle zu schaffen, zu deren Finanzierung alle Erwerbstätigen mit allen ihren Einkommen beitragen. Darauf aufbauend erfolgt dann die zusätzliche Rente gemäß der durch die Erwerbstätigkeit erreichten Entgeltpunkte.
2. In Abwandlung dieses Modells gibt es den Vorschlag einer aus Steuermitteln finanzierten „Grundrente“ oberhalb des Grundsicherungsniveaus, auf der dann die an Beitragszahlungen und den erreichten Entgeltpunkten resultierende Rente aufsetzt.
3. Die Rente nach Mindesteinkommen bewertet die Entgeltpunkte von Niedrigverdienern höher und sorgt so dafür, dass deren Rentenanspruch ansteigt. Dieses Modell wurde schon in der Vergangenheit praktiziert und durch die Rentenreformen der letzten Jahre deutlich verringert.
4. Weitere Vorschläge zielen darauf ab, dass für Zeiten der Arbeitslosigkeit höhere Beiträge gezahlt werden, Pflege- und Kindererziehungszeiten höher bewertet werden und so viele einen höheren Rentenanspruch erwerben.
5. Diskutiert wird auch, ob die Änderung der Anrechnungsregeln der Beiträge aus der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge und/oder aus einer Betriebsrente auf die Grundsicherung im Alter erfolgen soll, um den Anreiz zur Zusatzvorsorge auch für Niedrigverdiener zu erhöhen.

Bei allem Methodenstreit sollte klar sein:

1. Unser Rentensystem braucht eine systemimmanente und nicht nur zufällig wirkende zusätzliche Sicherung gegen Altersarmut.
2. Die Entscheidung über diese Zusatzsicherung muss spätestens in den nächsten fünf Jahren erfolgen, denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die derzeit mit ihren Beiträgen in das Rentensystem einzahlen, sollten wissen, dass auch für sie Altersarmut künftig ein Fremdwort bleiben wird.

Zur Person:

Peter Weiß

Geboren am 12. März 1956 in Freiburg im Breisgau; römisch-katholisch; verheiratet, 3 Kinder. Nach dem Abitur 1976 studierte Peter Weiß bis 1982 Katholische Theologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Danach absolvierte er ein Volontariat und war anschließend in München als Redakteur tätig. 1985 wechselte er als Pressereferent in die Bundeszentrale des Deutschen Caritasverbandes nach Freiburg/Breisgau. Von 1988 bis 1990 war Peter Weiß dort persönlicher Referent des Generalsekretärs und von 1990 bis 1991 Beauftragter für die Zusammenarbeit mit den Verbänden in den neuen Bundesländern. Ab 1991 war er als Referatsleiter im Generalsekretariat und ab 1993 auch als Geschäftsführer der Katholischen Fachhochschule Freiburg tätig.

Peter Weiß gehörte von 1976 bis 1982 dem Vorstand des Bezirksverbandes Südbaden der Jungen Union (JU) und dem JU-Landesvorstand in Baden-Württemberg an.

Peter Weiß gehört dem Vorstand des CDU-Bezirksverbandes Südbaden und dem CDU-Landesvorstand an. Seit 2000 ist er Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in Südbaden. Er ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier ist er stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Quelle: Wikipedia)